

# Berliner Volkszeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Teleph. Amt I, Nr. 10131 — 10148, Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wiesenstr. 1-4, Frankfurter Allee 61 — 62, Gr. Frankfurterstr. 21 a, S7, Prenzlauer Allee 64, Schiffslandwehrdamm, Schuldenstraße, 57, Königsstr. 66/67, Rathenowerstr. 8, Potsdamerstr. 53, Bayreutherstr. 26, Leipzigerstr. 108, Riesenstr. 69, Charlottenburg, Kanalar, 91, Friedenau-Steig, Rheinstr. 17, Lichterberg, Frankfurter Allee 126, Pankow, Bornholmerstr. 1, Brandt, Bernauerstr. 4, Schöneberg, Hauptstr. 155, Weissensee, König-Charlotten-Str. 6, Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99, Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Erhältlich täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreise für Berlin 75 Pfennig monatlich frei im Haus, vierteljährlich Mark 2.25, Abonnementpreis für die Provinz 85 Pfennig monatlich, vierteljährlich Mark 2.60, Einschreibungspreis für die Provinz 40 Pfennig, Stellenangebote und Inserate 20 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 4 Pfennig, das Foto 10 Pfennig, das Wort 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: S.W. Journalstr. 6/6-40. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

## Der Riesenkampf im Ruhrrevier.

### Ein soziale Katastrophe.

Mit dem Beginn des Jahres ist trotz allen Protesten der Bergarbeiter der Lohnsanktionskrieg in Westfalen und im Ruhrrevier in vollem Gange. Er ist an 16 Zentren erstickt worden und vermittelt die Arbeitslosigkeit für 226 Tausend. Damit ist zwischen den Bergarbeiterorganisationen und dem Bergarbeiterverband ein Kriegszustand eingetreten, bei dem sich die Arbeiter zwar noch des offenen Kampfes enthalten, bei dem aber der Ausbruch eines solchen lediglich eine Frage der Zeit ist. Vorläufig haben beide Parteien ihre Aufgabe darin, ihre Kräfte zu verhalten, die Organisationen haben ihre Beiträge erhöht, um den Streikfonds zu erhöhen und die Parole ausgegeben, nach Möglichkeit Arbeitslosigkeit zu vermeiden, damit nicht noch weitere Verzögerungen eingeleitet werden könnten, nachher den Arbeitern den Kampf ersparen. Von den Bergarbeitern werden im Osten Deutschlands und im Ruhrrevier — man nennt es etwas „nationale Wirtschaftspolitik“ — Tausende von Arbeitern angeworben und nach dem Ruhrrevier eingeführt, um in diesem die nicht organisierte und vielfach der deutschen Sprache nicht mächtig sind, einen Nachschub zu haben, wenn die eingestellten Bergarbeiter die Arbeit einstellen sollten. Die Anzahl der auf diesem Wege eingeführten Arbeiter wird schon heute auf fünf bis sechs Millionen geschätzt und erhöht sich immer weiter, da die Bergarbeiter immer wieder neue Scharen anwerben. Die Organisationen haben an ihre Angehörige die strikte Parole ausgegeben, sich durch nichts provozieren zu lassen, da jeder Kampf, der während der jetzigen noch unangünstigen Konjunktur ausbricht, während unangehörter Kohlenvorräte angehäuft sind, von vornherein aussichtslos wäre und die finanzielle Widerstandskraft der Organisationen vermindern würde.

Das Gebot der Selbstbehaltung zwingt die Bergarbeiter, den Kampf um den Lohnsanktionskrieg mit den Bergarbeitern anzunehmen, da sie ihnen sonst völlig auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind. Die Hunderttausende, die aus anderen Gebieten ins Ruhrrevier eingeführt werden, verdrängen ebenso viele Eingetragene aus ihren Arbeitsplätzen, die dann die Zahl der Arbeitslosen vergrößern und dadurch die Ausgaben der Organisationen für die Zwecke erhöhen. Da der Lohnsanktionskrieg sich nur in der Verwaltung der Arbeiter befindet, so sind diese in der Lage, völlig nach Willkür alle diejenigen auszusondern, die aus irgendeinem Grunde den Bergarbeitern nicht genehm sind. Tausende und Aber-tausende werden betrogen gemacht, weil sie einer Organisation angehören oder für die Interessen der Bergarbeiter eingetreten sind. So vollziehen sich hier

### unter den Augen der Regierung

die Vorbereitungen für einen Riesenarbeitskampf, der der heimischen Volkswirtschaft, wenn er zum Ausbruch kommt, tiefen Wunden schlagen muß. Trotzdem die dies voraussetzt, in die Regierung keinen Schritt, um diesen Kampf zu verhindern, sie wagt es nicht, den Bergarbeitern gewaltig entgegenzutreten. Trotzdem ist die Schaffung der Parität bei einem obligatorischen Lohnsanktionskrieg nichts weiter als ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, und seine Erfüllung würde verbunden, daß viele Tausende eingetragene Arbeiter eingestellt werden, mit ihren Familien und Kindern verbunden. Aber regieren in Preußen die Bergmagistrate nebst den Junkern unbesonnen?

## Mansfeld.

Im Reichstage viel die getriggerte Welpredung der sozialdemokratischen Interpellation über die Vorgänge beim Mansfelder Streik eine langausgehende Debatte hervor. Da es sich hierbei auch um militärische Dinge handelte — die Interpellation richtete unter anderem Verhöre, die von Offizieren der nach dem Streikgebiet entsandten Truppenteile gegen Reichsgeliebte begangen worden seien — hätte man sich eher auf die Auseinandersetzung des Majors und Reichsanwalt v. Helmreich mit dem Reichsanwalt v. Helmreich, der die Vorgänge rechnerisch rechnete. Dieser aber erstickte nicht, sondern schickte den Reichsanwalt-Stellvertreter in Hauptmann Delbrück und den preussischen Kriegsminister v. Heeringen vor.

Auf dem Höhe des Hauptantrags ein verroffener Dolch, mit dem ein Streikführer eine Frau in Gelfeldt bedroht haben soll. Dieser Dolch soll zu dem ersten kleinen Kaufhandel und dadurch zur Verberbung von Soldaten und Madonnengehören Veranlassung gegeben haben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sachse begründete in einer sehr feinsinnigen Rede die Interpellation. Er legte eingehend die Ursachen des Streiks dar, schilderte dann auf Grund eigener Wahrnehmung dessen weitere Entwicklung und wies nach, daß die Maßnahmen, die von den preussischen Staatsbehörden getroffen worden und die namentlich in der Entlassung eines harten Militärs aus dem Mansfelder Revier zum Ausdruck kamen, durchaus unangemessen gewesen sind.

Der Vertreter des Reichsanwalts, Herr Delbrück, machte sich die Sache sehr leicht. Er erklärte, die Bergarbeiter zum Kenntnis nehmen zu wollen, um sie dann den zuständigen amtlichen Stellen in Preußen zu unterbreiten. Die weitere Verhandlung der Angelegenheit würde dann in das

preussische Abgeordnetenhaus (H) gehören. Diese fünf auf das preussische Reichstagsmitglied viel erklärterweise auf der linken Seite stürmischen Widerspruch hervor. Der preussische Kriegsminister bekräftigte sich in seiner Erwiderung im wesentlichen auf die Erklärung, daß das Militär in einem solchen Falle keine Meinung, sondern ein Amt habe, und daß es erheben müßte, wenn es von den Landespolizeibehörden gerufen werde. Darauf aber kam's gerade an, daß das Militär unndingterweise bekräftigt werden soll!

Zu der Debatte, die sich an die Erklärungen der beiden Minister angeschlossen, fanden die von den preussischen Behörden getroffenen Maßnahmen nur in Herrn Wendt einen Verteidiger, der die beiden Redner verurteilte durchweg dieses weit über alles Maß und Ziel hinausgehende Vorgehen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die freimüthige Interpellation über die Handhabung des Vereinsgesetzes.

## Der Dragonermajor v. Bethmann Hollweg,

im Verhältnis zum preussischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Reichsanwalt, glänzte bei der gestrigen Sitzung der Staatsberatung des preussischen Abgeordnetenhauses wiederum durch Abwesenheit. Statt dessen erschien sein „Vertreter“, der Finanzminister v. Helldorf, dieser aber griff kein einziges Mal in die Debatte ein, so daß die Mitglieder des Hauses die Kosten der Unterhaltung allein bestreiten mußten.

Der erste Redner, der freimüthige Vorschläge, riß das Fehlen des preussischen Ministerpräsidenten und erregte sich dann im wesentlichen in Vorbringen, um die Sache für sich zu erledigen. Er sprach über die Verhältnisse des Reichsanwalts, der sich in einem Zusammenhang zwischen ihm und dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Friedberg, der dem Zentrumskreditor Heuchel vorsetzt, der Vizepräsident, der heimliche Abgeordnete Dr. Wolff, der dem Dr. Friedberg deswegen zur Ordnung.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Interpellation wegen der Rationierung des Mehlensatzes.

## Die Feuerbestattung.

Die außerordentlich starke Zunahme der Feuerbestattungen in Deutschland wundert, so schreibt die „Flamme“, unversehene Gegner auch eine ihrer letzten Waffen aus der Hand. „Ansehnlich der Tollkühn, daß die Gesamtsumme der im letzten Jahre vollzogenen Feuerbestattungen 479 ist, also die des Jahres 1909 um 720 das sind 1800 mehr abgeführt, die Zahl ist nicht mehr gering, sondern, daß die Feuerbestattung niemals zur Volksfrage werden könne. Die hohe Zahl ist erreicht worden trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die in der großen Mehrzahl der Fälle durch die Notwendigkeit des Sittenbühnenverkehrs zu überwinden waren — sie würde noch viel größer sein, wenn diese Schwierigkeiten, die sowohl in weltlicher Erziehung der Kosten, wie in der Erfüllung länger Formalitäten bestehen, beseitigt würden.“ Die Gesamtzahl der bis zum Schluss des Jahres 1909 in den deutschen Krematorien vorgenommenen Feuerbestattungen beläuft sich auf 23,900.

Die höchste Ziffer hat Chemnitz mit 600 Einäscherungen erreicht, wie dahleibt auch die höchste Zahl der in einem Monat je in einem deutschen Krematorium vollzogenen Einäscherungen, 69 im Monat Mai, zu verzeichnen war. Gotha, das im Jahre 1908 nur um einen einzigen Fall zurückgeblieben war, ist im vergangenen Jahre um 51 von dem ehemals überfülltesten. Das gilt indessen nur von den absoluten Zahlen, relativ stehen Gotha und Bamberg noch immer an der ersten Stelle und werden davon wohl auch so bald nicht verdrängt werden — relativ, das heißt wenn man in Bezug auf Gotha das Verhältnis der in der Stadt selbst Bestattungen zu den Feuerbestattungen betrachtet. Da ergibt sich, daß in Gotha im vergangenen Jahre im ganzen 745 Personen, davon 378 Erwachsene bestattet sind, und daß von diesen 378 Erwachsenen nicht weniger als 203, also mehr als die Hälfte eingeschickt wurden! Daß also in Gotha in den 31 Jahren seit Eröffnung der Stadt selbst Bestattungen zu den Feuerbestattungen werden ist, ist unumstößliche Tatsache! Nicht weniger interessant ist es, daß von den in Bamberg eingeschickten Personen 357 aus Preußen überführt worden sind, wo der unter mehrerlei Gesichtspunkten arbeitende Staat die Einäscherung immer noch seinen mündigen Bürgern verbietet.

## Die „Wahlwahl“.

In der „Kreuzzeitung“ lesen wir: Der Direktor einer Leipziger Realschule hat bei dem Staatsbürgerlichen Unterrichts mit seinen Schülern nach der „Wahlwahl“ ein eigenartiges Spiel vorgenommen. Er hat vier Sandkastensandkasten aufgestellt und eine Wahl in aller Form veranstaltet. Unter den vier Kandidaten befand sich natürlich auch ein sozialdemokratischer, und dieser wurde in der Stichwahl gewählt. Dieses Ergebnis wurde nach dem genannten Blatte von den jugendlichen Wählern mit lautem Beifall

gegrüßt. — Wenn sich der Vorgang wirklich so abgespielt haben sollte, dann läge ein Unlug vor, der nicht hart genug beurteilt werden kann. Die Parteipolitik gehört nicht in die Schule, und der Staatsbürgerliche Unterricht hat andere Zwecke, als die Zeit mit belanglosen politischen Spielen zu verbringen.

Gäbe bei dieser Wahlwahl der Konfession im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gestiftet, so hätte irgendein maßgebendes konservatives Blatt sicherlich geschrieben:

Verzögerte Wahlen sind sehr verwerflich. Sie zeigen, wie der gesunde Sinn der zukünftigen Wähler schon in jungen Jahren nach Weisung ringt. Diesen gesunden Sinn zu pflegen, dazu eignen sich Veranlassungen wie die geführte ausgeführt.

Nun aber ist der konservative Kandidat gleich ohne Stichwahl in der Vertiefung verblieben, und da muß der Schuldirektor gerührt werden.

Der Milliardenumsatz. Einer offiziellen Mitteilung zufolge belief sich der Wert des auswärtigen Handels Deutschlands im Jahre 1909 im Exporthandel ohne Einmaleinmal in der Einfuhr auf 82 gegen 77 Milliarden Mark im Vorjahre, in der Einfuhr auf 67 gegen 64 Milliarden Mark im Jahre 1908. Der Gebietsverkehr erreichte in der Einfuhr 08 gegen 04, in der Einfuhr 03 gegen 01 Milliarden Mark. Trotz dieser Zunahme gegen das Vorjahr blieben die Einfuhr und Einfuhr gegen 1907 erheblich zurück, und zwar jene mehr als diese.

## Der Großblock marschieren.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer kam es gestern, wie aus München berichtet wird, zu sehr erregten Auseinandersetzungen wegen eines eventuellen Zusammenschlusses aller nichtnationalen Parteien gegen das Zentrum. Die Sozialdemokraten hatten erklärt, daß sie bei den Wahlen jederzeit mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum gehen würden. Die Sozialdemokratischen Redner sprachen sich dahin aus, sie würden, wenn die Liberalen mit ihnen für die Aufrechterhaltung und Entwidlung der bürgerlichen und christlichen Freiheiten eintraten wollten, diese jederzeit als Mitkämpfer gegen das Zentrum anerkennen. Die freie Vereinigung (die Konservativen und Bauernverbände) dagegen erklärten sich für einen Anschlag an das Zentrum. Das Zentrum erklärte hierauf, es fürchte sich vor dem Großblock keineswegs, es könne die Sache ruhig an sich heranlassen, wenn den Sozialdemokratischen Abgeordneten v. Wolfmar zu dem Zufall veranlaßt: „Aur abwarten, meine Herren!“

Nach Wien kommt jetzt Bayern. Nach diesem unterschiedenen Vorgehen in Süddeutschland darf man überzeugt sein, daß der Gedanke eines Zusammenstoßes der Parteien der Linken gegen die Reaktion in Deutschland immer häufigere Wurzeln fassen und damit dem Schnapshotel der nächsten Reichstagswahlen eine vernünftige Niederlage bereiten wird.

## Was harmlosen Ausflüglern passieren kann.

### (In Preußen)

Ein Sonntagspaziergang der Gruppe „Südost“ von der freien Jugendorganisation Berlin hat eine Ranzige wegen Auftrags (1) und Aufforderung zum Ungehorsam (1) zur Verurteilung, die gefahren vor der Strafammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam.

Die Gruppe „Südost“ machte am 20. Juni einen Ausflug nach Sadowa. Der Treffpunkt der jungen Leute, unter denen sich auch Mädchen fanden, war das Schlosser-Zoo. Es sammelten sich nach und nach etwa 200 Personen an und diese marschierten über Zerpitz und den Baumföhlenweg nach Niederföhlenz. Sie gingen singend und unter Vortritt des roten Vereinsbanners durch den Ort. Auf einer Waldparzelle lagerten sie sich, um zu frühstücken. Bald aber erschienen zwei Gendarmen auf der Wäldchle, die zunächst bei den jungen Leuten vorübergingen, aber nach einiger Zeit zurückkehrten. Sie behaupten, daß sie die Ausflügler mehrmals aufgefordert haben, auseinanderzugehen. (Warum denn? Wen hatten denn die jungen Leute gefehlt?) Sie seien gezwungen (?) gewesen, da der Aufforderung nicht nachgegeben wurde, schließlich einen der jungen Leute abzuführen. In diesem Augenblick kam der Landmischer Donat hinzu und unterstützte seine beiden Kameraden, indem er die Leute energisch zum Auseinandergehen aufforderte. (1) So behauptet er; doch wird es von einigen Leuten bestritten. Wachtmeister Donat kam dann in Konflikt mit den beiden jungen Leuten. Die jetzt angeklagt waren: dem Wäldchleigen Schützengelenken Leut. Zifferer und dem Wäldchleigen Klempnergelehen Wäldchle. Beide behaupten, daß sie abgeführt nicht abgenommen hätten. Es sei der Wachtmeister Donat von hinten in den Rücken gestrichelt und habe sie aufgefordert, indem er, mit der Hand am Säbel, ihnen daruf zugerufen habe:

„Ihr verfluchten Lausjungen, macht daß ihr hier wegkommt.“ Die jungen Leute hätten sich teilweise bemüht, wegzukommen, teilweise hätten sie angeht auseinander, und als auf der Ghaufice ein Gendarm die zusammengekauerte rote Fahne, die zur Erde geworden war, aufnahm, sei es zur Erörterung über die Frage gekommen, ob der Gendarm das Recht habe, die Fahne wegzunehmen. Sie behaupten, daß sie sich bemüht hätten, die Kollegen zu beruhigen, und nur geäußert hätten: „Kollegen, geht ruhig weiter, es hat ja keinen Zweck, wenn ihr hier bleibt.“ Wenn die Beamten einsehen würden, daß sie die Fahne nicht konfiszieren dürfen, werden sie sich schon zurückgeben.“